

Germany-Hamburg: Engineering services
OJ S 245/2019 19/12/2019
Contract award notice
Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Deutsches Klimarechenzentrum GmbH
National registration number: DE 118713406
Postal address: Bundesstraße 45a
Town: Hamburg
NUTS code: DE600 Hamburg
Postal code: 20146
Country: Germany
Contact person: Verwaltung (z.Hd. Frau Cornelia Schoska)
E-mail: schoska@dkrz.de
Telephone: +49 40460094320
Fax: +49 40460094270
Internet address(es):
Main address: <http://www.dkrz.de>

I.4. Type of the contracting authority

Other type: Die Deutsche Klimarechenzentrum GmbH ist eine gemeinnützige und nicht kommerzielle juristische Person des privaten Rechts sowie ein fachspezifisches Hochleistungsrechenzentrum

I.5. Main activity

Other activity: IT-Service für die Erdsystemforschung

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Ingenieur Planungsleistungen Modifizierung Rechenzentrum
Reference number: DKRZ-2019-7

II.1.2. Main CPV code

71300000 Engineering services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Deutsche Klimarechenzentrum GmbH (nachfolgend: DKRZ) betreibt als überregionale Serviceeinrichtung ein Rechenzentrum für die Durchführung von Klimasimulationen.

Die Auftraggeberin plant aktuell die Beschaffung eines neuen energieeffizienten Hochleistungsrechners HLRE-4, der den alten HLRE-3 an seinem Standort am Sitz der Auftraggeberin im laufenden Betrieb ablösen soll. Die Installation des neuen Hochleistungsrechners HLRE-4 ist in mehreren Phasen im Zeitraum 2020-2021 geplant. Zum Zwecke des Aufbaus des neuen Hochleistungsrechners HLRE-4 plant die Auftraggeberin eine energieeffiziente Anpassung der Rechnerräume und der Infrastruktur des Rechenzentrums in mehreren Phasen bis voraussichtlich 2021. Der Auftraggeber verfügt über umfassende Bestandspläne seines Gebäudes.

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.1.7. Total value of the procurement

Value excluding VAT: 501 000,00 EUR

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71240000 Architectural, engineering and planning services, 71321000 Engineering design services for mechanical and electrical installations for buildings, 71243000 Draft plans (systems and integration), 71244000 Calculation of costs, monitoring of costs, 71247000 Supervision of building work, 71248000 Supervision of project and documentation, 71300000 Engineering services, 71310000 Consultative engineering and construction services, 71311300 Infrastructure works consultancy services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE600 Hamburg

Main site or place of performance: Hamburg

II.2.4. Description of the procurement

Ziel ist der Umbau und die Erweiterung der Medienversorgung, die Erhöhung der Ausfallsicherheit durch Redundanz sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz. Dies soll insbesondere die Gewerke Kältetechnik, Starkstrom, USV, Brandschutz, MSR, Innenausbau und ggf. Mittelspannung betreffen. In dieser Ausschreibung werden im Wesentlichen Generalplanungsleistungen mit Schwerpunkt TGA vergeben, bei der die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen in Anlehnung an die HOAI-Leistungsbilder bis zur Entwurfsplanung sowie eine Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm gemäß § 7c VOB /A EU für die Bauleistungen erstellt werden. Weiterhin wirkt der Auftragnehmer bei der Vergabe der Bauleistungen mit. Dazu gehören insbesondere:

- Prüfen und Werten der Angebote, Aufstellen der Preisspiegel nach Einzelpositionen, Prüfen und Werten der Angebote für zusätzliche oder geänderte Leistungen der ausführenden Unternehmen und der Angemessenheit der Preise,
- Führen von Bietergesprächen sowie,
- Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kostenberechnung.

Der Auftragnehmer ist darüber hinaus insbesondere verantwortlich für die Überwachung der vertragsgemäßen Ausführung, die Einhaltung der Terminpläne und des Finanzrahmens bis zur vollständigen Abnahme der Baumaßnahmen. Der Auftragnehmer unterstützt den Bauherrn in allen technischen Fragestellungen im Zusammenhang mit diesen Baumaßnahmen. Im Einzelnen sind insbesondere folgende Maßnahmen geplant:

Elektrotechnik

- Stromversorgung für HPC-System mit bis zu 4 MW Anschlussleistung inkl. USV,

- Erneuerung oder Reparatur der USV-Anlagen für die Infrastrukturkomponenten,
- Erstellung eines Blitzschutzgutachtens und Ertüchtigung auf die erforderliche Blitzschutzklasse,
- Implementierung eines rechtskonformen Messkonzepts, Maßnahmen zur Erhöhung der Redundanz der RZ-Infrastruktur,
- Tausch eines Stromschienensystems gegen einen zentralen Unterverteiler mit Abgängen zu den IT-Racks,
- Vermeidung der DGUV V3 Prüfung durch technische Maßnahmen,
- Neukonzeption der Beleuchtung in den Rechnerräumen,
- Datenverkabelung.

Kältetechnik:

- Anpassung und Ergänzung der Kältetechnik für die Kühlung der Hochleistungsrechner mit Warm- und Kaltwasser,
- Maßnahmen zur Energieeinsparung,
- Erhöhung der Kälteleistung bei sehr hoher Außentemperatur größer als 35°C,
- Reparatur oder Erneuerung von trockenen Rückkühlern,
- Tausch des Kältemittels entsprechend geänderter gesetzlicher Bestimmungen.

MSR-Technik:

- Modernisierung und Anpassung der GLT-Anlage.

Metallbau:

- Absturzsicherung für Arbeiten auf dem Dach.

Brandschutz:

- Erstellung eines Brandschutzgutachtens.

Statik:

- Tragwerksplanung, insbesondere Überprüfung der Gebäudestatik für den gleichzeitigen Aufbau von 2 Rechnersystemen im 3. und 4. OG.

Innenausbau:

- Erneuerung der Bodenbeschichtung,
- Ausbildung eines Lagerraums,
- Ausgestaltung des Besucherbereichs,
- Anpassung/Erneuerung des Doppelbodens in den Rechnerräumen,
- Malerarbeiten.

EMA:

- Modernisierung der Einbruchmeldeanlage unter Beibehaltung der VdS Klasse C SG 4 Attestierung.

Sauerstoffreduktion:

- Zeitsteuerung des Sauerstoffgehalts,
- Notbelüftung.

Dabei werden BIM-Aspekte eine sehr wesentliche Rolle spielen. Es ist vorgesehen, dass das anlagenbauausführende Unternehmen seine planerischen Leistungen im BIM-Modell erbringt und dieses vom Auftragnehmer der Projektmanagementleistungen in einem permanenten Controlling-Prozess überwacht wird.

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass es sich hinsichtlich der Umbaumaßnahmen für den neuen Hochleistungsrechner HRLE-4 im Wesentlichen um eine Baumaßnahme handelt, die die dritte Etage des Bestandsgebäudes des Auftraggebers betrifft. Diese – für die Aufstellung des neuen Großrechners vorgesehene Fläche einschließlich weiterer betroffener Gebäudeteile – muss entsprechend baulich in dem gemäß Ziff. II.2.4) des Bekanntmachungstextes dargestellten Umfang im Wesentlichen mit Schwerpunkt TGA angepasst werden.

II.2.5. Award criteria

Quality criterion - Name: Lösung Testaufgabe 1 / Weighting: 25 %

Quality criterion - Name: Lösung Testaufgabe 2 / Weighting: 15 %

Quality criterion - Name: Präsentation / Weighting: 10 %

Quality criterion - Name: Fähigkeit zur Vermittlung von komplexen Sachverhalten / Weighting: 5 %

Quality criterion - Name: Durchsetzungsfähigkeit / Weighting: 5 %

Cost criterion - Name: Stundenverrechnungssätze / Weighting: 17,5 %

Cost criterion - Name: Pauschalfestpreis / Weighting: 22,5 %

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

— Weiterführende Planungsleistungen über die Entwurfsplanung und Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm gemäß § 7c VOB/A EU (Pauschalangebot des Auftragnehmers) hinaus,

— Sonderleistungen in Anlehnung an die HOAI-Leistungsbilder,

— Konzeption, Beschaffung und Implementierung eines BIM-Systems inkl. Import der Bestandsdaten zur Unterstützung des Facility Managements,

— Realisierungskonzept (Kosten, Dauer und Grobkonzept) eines Rechenzentrum-Neubaus (Achtung, dies betrifft nicht die Umplanung des bestehenden Rechenzentrums für die Modifizierungen des HRLE-4 Rechners sondern erst die übernächste Erweiterung (HRLE-5) einschließlich Variantenuntersuchungen (grundsätzlich in Anlehnung an die Leistungsphasen 1 und 2 hinsichtlich Erweiterung des bestehenden Gebäudes, Errichtung eines Neubaus in fester und modularer Bauweise sowie Unterbringung in einem Colocation-Rechenzentrum)).

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.1. Previous publication concerning this procedure

Notice number in the OJ S: [2019/S 105-256326](#)

IV.2.8. Information about termination of dynamic purchasing system

IV.2.9. Information about termination of call for competition in the form of a prior information notice

Section V: Award of contract

Contract No: DKRZ-2019-07

Title:

Ingenieur Planungsleistungen Modifizierung Rechenzentrum

A contract/lot is awarded: yes

V.2. Award of contract

V.2.1. Date of conclusion of the contract

19/11/2019

V.2.2. Information about tenders

Number of tenders received: 1

The contract has been awarded to a group of economic operators: no

V.2.3. Name and address of the contractor

Official name: akquinet AG

Postal address: Paul-Stritter-Weg 5

Town: Hamburg

NUTS code: DE600 Hamburg

Postal code: 22297

Country: Germany

The contractor is an SME: no

V.2.4. Information on value of the contract/lot

Total value of the contract/lot: 501 000,00 EUR

V.2.5. Information about subcontracting

Section VI: Complementary information

VI.3. Additional information

Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Unterlagen beizuziehen bzw. zu verlangen. Informationen zu Form, Einreichung, Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge bzw. Angebote sowie zu Bewerberfragen können der Bewerbungsaufforderung /Verfahrensbedingungen entnommen werden.

Das Verfahren wird als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb mit Bekanntmachung gemäß § 17 Abs. 1 – 4 VgV durchgeführt.

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass allein der Inhalt der vorliegenden EU-weiten Veröffentlichung maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht wird und der Bekanntmachungstext in diesen zusätzlichen Bekanntmachungen nicht vollständig, unrichtig oder verändert wiedergegeben wird. Die enthaltenen Zeitangaben stehen unter dem Vorbehalt der Anpassung und Aktualisierung.

Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die Eignungsangaben von jedem Bewerbungsgemeinschaftspartner gesondert auszufüllen. Die Zuverlässigkeit muss für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft individuell nachgewiesen werden. Für die übrigen Eignungskriterien kommt es auf die Bewerbungsgemeinschaft insgesamt an, der Auftraggeber wertet also diese Angaben kumulativ. Die zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit gemäß Ziffer III.1.3) vorzulegenden Referenzen sind bei Vorliegen einer

Bewerbergemeinschaft von demjenigen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen, das im Auftragsfall innerhalb der Bewerbergemeinschaft die vergleichbaren Leistungen ausführen wird.

Ein Bewerber kann sich – auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft – zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit oder Fachkunde gemäß § 47 VgV der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen („Eignungsleihe“). In diesem Fall hat der Bewerber diese anderen Unternehmen (Dritte) in seinem Teilnahmeantrag zu benennen und die unter Ziffer III.1.) bezeichneten Unterlagen für diese Dritten in dem Umfang vorzulegen, in dem sich der Bewerber auf die Fähigkeiten der Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit oder Fachkunde beruft. Außerdem ist eine unterschriebene Erklärung des Dritten /Unterauftragnehmers bzw. der konzernverbundenen Unternehmen vorzulegen, wonach dieser / diese bereit ist / sind, Leistungen für den Bewerber / die Bewerbergemeinschaft in diesem Projekt zu erbringen (Verpflichtungserklärung). Hierfür stellt die Kontaktstelle ein entsprechendes Formular „Verpflichtungserklärung“ zur Verfügung, das von den Bewerbern / Bewerbergemeinschaften möglichst genutzt werden soll. Insbesondere Referenzen von Dritten / Unterauftragnehmern / konzernverbundenen Unternehmen werden nur dann berücksichtigt, wenn eine Erklärung des Dritten / Unterauftragnehmers / konzernverbundenen Unternehmens vorliegt, wonach dieser/dieses bereit ist, Leistungen, auf die sich die nachgewiesenen Referenzen beziehen, für dieses Projekt zu erbringen. Es wird darauf hingewiesen, dass ein anderes Unternehmen i. S. v. § 47 Abs. 1 S. 1 VgV nicht nur ein selbstständiges, von dem Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft rechtlich verschiedenes Unternehmen sein kann, sondern hierunter auch ein (konzern-) verbundenes Unternehmen (Mutter- / Tochter- / Schwestergesellschaft etc.) zu verstehen ist.

Für die Benennung von Unterauftragnehmern nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbes wird auf die Verfahrensbedingungen verwiesen.

Die weibliche/divers Form ist der männlichen Form in dieser Ausschreibung gleichgestellt; lediglich aus Gründen der Vereinfachung wurde die männliche Form gewählt.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YEFD5P9.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Postal address: Villemomblerstr. 76

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

E-mail: info@bundeskartellamt.bund.de

Telephone: +49 2289499-0

Fax: +49 2289499-163

Internet address: <http://www.bundeskartellamt.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf folgende Rechtsvorschriften verwiesen:

§ 134 GWB Informations- und Wartepflicht, § 135 GWB Unwirksamkeit und § 160 GWB

Einleitung, Antrag. Besonders hervorzuheben ist dabei:

§ 135 GWB Unwirksamkeit:

(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber:

1) Gegen § 134 verstoßen hat oder

2) Den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union;

(3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn:

1) Der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zulässig ist;

2) Der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und

3) Der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens 10 Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

§ 160 GWB:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein;

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt;

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Es wird hiermit darauf hingewiesen, dass sämtliche vorgenannten Fristen für die Erhebung von vergaberechtlichen Rügen gegenüber dem Auftraggeber und die Fristen für die Wahrung der Zulässigkeit eines Nachprüfungsverfahrens zu beachten sind.

Aufgrund der Zeichenbegrenzung im Bekanntmachungsformular gelten hinsichtlich des g.

VI.5. Date of dispatch of this notice

16/12/2019